



Die Rationalität der Verwaltung: französische Verwaltungsmethoden an der Elbe

Nicola Todorov

► To cite this version:

Nicola Todorov. Die Rationalität der Verwaltung: französische Verwaltungsmethoden an der Elbe. Das Königreich Westphalen und das Großherzogtum Berg, Apr 2004, Münster, Germany. halshs-01113296

HAL Id: halshs-01113296

<https://shs.hal.science/halshs-01113296>

Submitted on 4 Feb 2015

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Die Rationalität der Verwaltung: französische Verwaltungsmethoden an der Elbeⁱ

Nicola Todorov

Das Ziel meiner Forschungen war es, den französischen Beitrag zur Staatsbildung bzw. zur Modernisierung des Staates in Deutschland zu erhellen. Die aufeinander folgenden historiographischen Strömungen haben meine Kenntnisse über das Königreich Westfalen und die napoleonische Verwaltung bereichert, aber in der Regel die unmittelbaren Auswirkungen der westfälischen Reformen relativiert. Es wurde auf die Widersprüchlichkeiten der Politik des Schöpfers, auf die Widerstände der westfälischen Gesellschaft und ihr Entwicklungsniveau hingewiesen.¹ Die Interpretation der Anhänger der Theorie von der Bürokratie als Motor der Reformen lässt die Maßnahmen der Franzosen lediglich als den Auslöser eines generellen Prozesses erscheinen, der das Werk des bürokratischen Absolutismus krönte.² Diese Interpretation würde die gleichzeitigen Modernisierungstendenzen in politisch gegensätzlichen Staaten ebenso erklären, wie die Fortführung des Reformprozesses nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft. Mikrohistorische Studien über andere Staaten derselben Epoche unterstreichen die Notwendigkeit, die täglichen Verwaltungspraktiken in Betracht zu ziehen.³ Historiker wie Christian Windler haben zum Beispiel gezeigt, dass von den spanischen Bourbonen eingesetzte Beamte, die anfänglich die Macht der Aristokratie zu brechen schienen, nach kurzer Zeit in lokale Netzwerke integriert wurden und gute Beziehungen zu den privaten Verwaltungen der aristokratischen Familien unterhielten. Diese Verhaltensweise, die man heutzutage als eine Form von Korruption bezeichnen würde, wird dann mit dem Fortbestehen alter Mentalitäten und Wertmaßstäbe erklärt. Sie hatte zur Folge, dass in der Provinz die Macht des Monarchen dort aufhörte, wo es den lokalen Oligarchien gefiel. Dass die französischen Intendanten am Vorabend der Revolution schon lange nicht mehr die ergebenen Willensvollstrecker der Monarchie waren, sondern die Interessen der Provinz vertraten, was immer das bedeuten sollte, ist seit langem bekannt.⁴ Zwar gestehen Historiker wie Windler einen Wandel am Beginn des 19. Jahrhunderts zu, die Ursachen desselben bleiben aber im Dunkeln. Andere Historiker, die denselben Forschungsansatz verfolgen, beschränken sich bei der Erklärung auf

¹Berding, Herrschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 73 ff. ; Fehrenbach, S. 79 ff.

²Treichel, S. 353 ff.; Schulze, S. 217 ff.; Berding, *Le royaume de Westphalie, État-modèle*, Francia, 10 (1982), S. 343 ff.; kritisch hat Wolfgang Neugebauer konstatiert, dass der Gedanke der Modernisierung als eines von der Bürokratie vorangetriebenen Prozesses die deutsche Geschichtsschreibung beherrscht, Neugebauer, S.12;

³Windler, 300 ff.

⁴Vovelle, S. 39

Metaphern wie: « A la limite, on peut avancer l'hypothèse qu'un tel système n'est pas modernisable. La figure wébérienne du bureaucrate rationnel y est largement impensable. Il faudra le tremblement de terre de la Révolution française pour mettre à bas la vieille politique domaniale. »⁵ Wenn es eine Bürokratisierung in Webers Sinne gegeben haben sollte, müsste man erklären wie es zu derselben gekommen ist. Es sei denn, die ganze Theorie von der Reformbürokratie erweist sich selbst als inadäquat. Doch was änderte sich dann überhaupt in Staaten wie dem Königreich Westfalen außer dem Namen der Institutionen?

Um die verschiedenen Interpretationen auf ihre Gültigkeit zu testen, habe ich den westfälischen Staat unter dem dreifachen Aspekt der Konzeption der Institutionen, der sozialen Herkunft und Interessen der Staatsdienerschaft und der täglichen Verwaltungspraxis analysiert. Damit das Zusammenwirken aller Verwaltungsebenen untersucht werden konnte, wählte ich ein symbolträchtiges Departement, das der Elbe, in dem ich alle unteren und mittleren Verwaltungsebenen und –bereiche und ihr Zusammenwirken mit der Zentralverwaltung näher studiert habe. Die preußischen Provinzen Magdeburg und Altmark waren bei den verschiedenen Verhandlungen im Verlaufe des Krieges und bis zum Vertrag von Tilsit Streitpunkt gewesen.⁶ Es waren laut den Worten der Königin Louise Kernprovinzen der Monarchie.⁷ Nirgendwo mehr als hier galt die Herausforderung des Kaisers der Franzosen : « Quel peuple voudra retourner sous le gouvernement arbitraire prussien, quand il aura goûté les bienfaits d'une administration sage et libérale ? »⁸

Ein rationaler Staat ?

Es wird öfter geäußert, dass das Königreich Westfalen rational organisiert wurde.⁹ Es wäre bei den Territorialreformen am Anfang des 19. Jahrhunderts

⁵Descimon, Schaub, Vincent, S.10

⁶Todorov, Le département, S. 71 ff.

⁷Louise an Friedrich-Wilhelm III., Memel, den 1. Juli 1807, Deutsche Rundschau CX (1902), S.207

⁸ Correspondance de Napoléon Ier, Nr..13361, Brief vom 15. November 1807

⁹ Berding, Les dotations impériales, S..91 : « [..].le royaume de Westphalie devait être considéré comme le premier État organisé de façon rationnelle sur le sol allemand, comme un État modèle calqué sur l'exemple français...Ce que Napoléon avait acquis par des 'conquêtes morales' : c'est-à-dire par l'édification d'un État modèle qui, strictement organisé et administré selon les principes de la raison et de l'efficacité, ferait profiter la population des conquêtes de la Révolution. »

nur um Flächeninhalte, Bevölkerungszahlen¹⁰ und Entfernungen gegangen. Da wahlpolitische Erwägungen im Gegensatz zur Einteilung Frankreichs¹¹ keine Rolle spielten, könnte man annehmen, dass wenigstens verwaltungstechnische Betrachtungen ausschließliche Grundlage der Territorialeinteilung in Westfalen wurden. Analysiert man jedoch die Kantonaleinteilung¹² zum Beispiel im Detail, kommen Zweifel an diesen in der Tat vom Minister Siméon dargelegten Organisationsprinzipien auf.¹³ Natürlich sind die westfälischen Kantone wesentlich gleichmäßiger als ihre Vorgängerbezirke, die Gerichtsherrschaften. So gab es zum Beispiel auf dem Gebiet des späteren Elbedepartements eine Gerichtsobrigkeit, die 75 Dörfer, Weiler und einzelne zerstreute Häuser umfasste, wohingegen 40 Gerichtsobrigkeiten nur aus einem Dorf oder aus dem Bruchteil eines Dorfes bestanden. Auch besaßen die westfälischen Kantone normalerweise ein zusammenhängendes Gebiet, das heißt sie hatten keine Enklaven. Dennoch überraschen die Charakteristiken dieser Kantone. Einerseits sind sie von einem Ende des Königreichs an das andere doch recht ungleich hinsichtlich ihrer Fläche (Abbildung 1) und Bevölkerung, andererseits ist ihre Form und die Lage ihrer Hauptorte erstaunlich (Abbildung 2). Ohne die erst später dem Königreich zugeschlagenen sächsischen Kantone Gommern und Barby haben zwei Drittel der Kantone des Elbedepartements einen nicht zentral gelegenen Hauptort. Das Kriterium der zentralen Lage war übrigens bei der gleichzeitigen preußischen Kreisreform offizielle Richtlinie. Auch sind mehr als 40% der Kantone langgestreckt. Im Falle des Landkantons Stendal führte das zu einer Entfernung von 21 km zwischen dem Hauptort und der entlegensten Kommune, eine erhebliche Entfernung, wenn man bedenkt, dass der Kanton am Anfang auch Amtsbereich eines Steuereintreibers und die Grundsteuer einmal monatlich abzuliefern war.

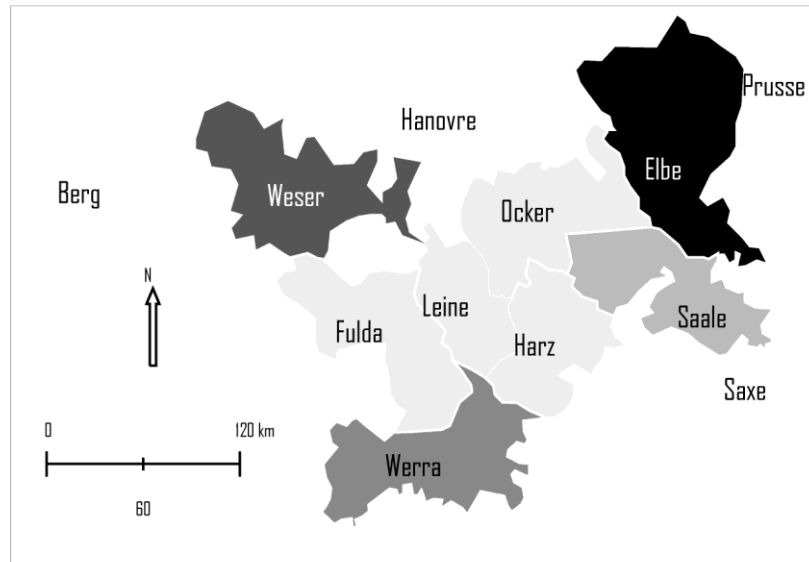
¹⁰ Schulze, S. 100, Das Großherzogtum Darmstadt betreffend „Nicht die historische Entstehung und Tradition, sondern Bevölkerungszahlen bildeten jetzt das Kriterium für die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den neugeschaffenen Amtsbezirken...Nach den Vorschlägen des Hofgerichtsdirektors Leußler vom März 1804 erhielt das Land am 13. August 1807 achtzehn neue Amtsbezirke, die man nach Umfang und Bevölkerungszahl gleich bemessen hatte“.

¹¹ Ozouf-Marignier, S. 1194

¹² Todorov, La division cantonale, S. 39-49

¹³ Briefe Siméons an den Präfekten des Elbedepartements vom 23 März und 16. September 1808 sowie vom 7. Januar 1809, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Außenstelle Wernigerode (LHSAW), Rep.B 18, I, Nr.247, Blatt 76, 131, 167

Les superficies moyennes des cantons en 1808



Superficies moyennes départementales des cantons en milles carrées

	1.9 à	2.1
	2.1 à	2.3
	2.3 à	2.5
	2.5 à	2.7
	2.7 à	2.9
	2.9 à	3

Abbildung 1

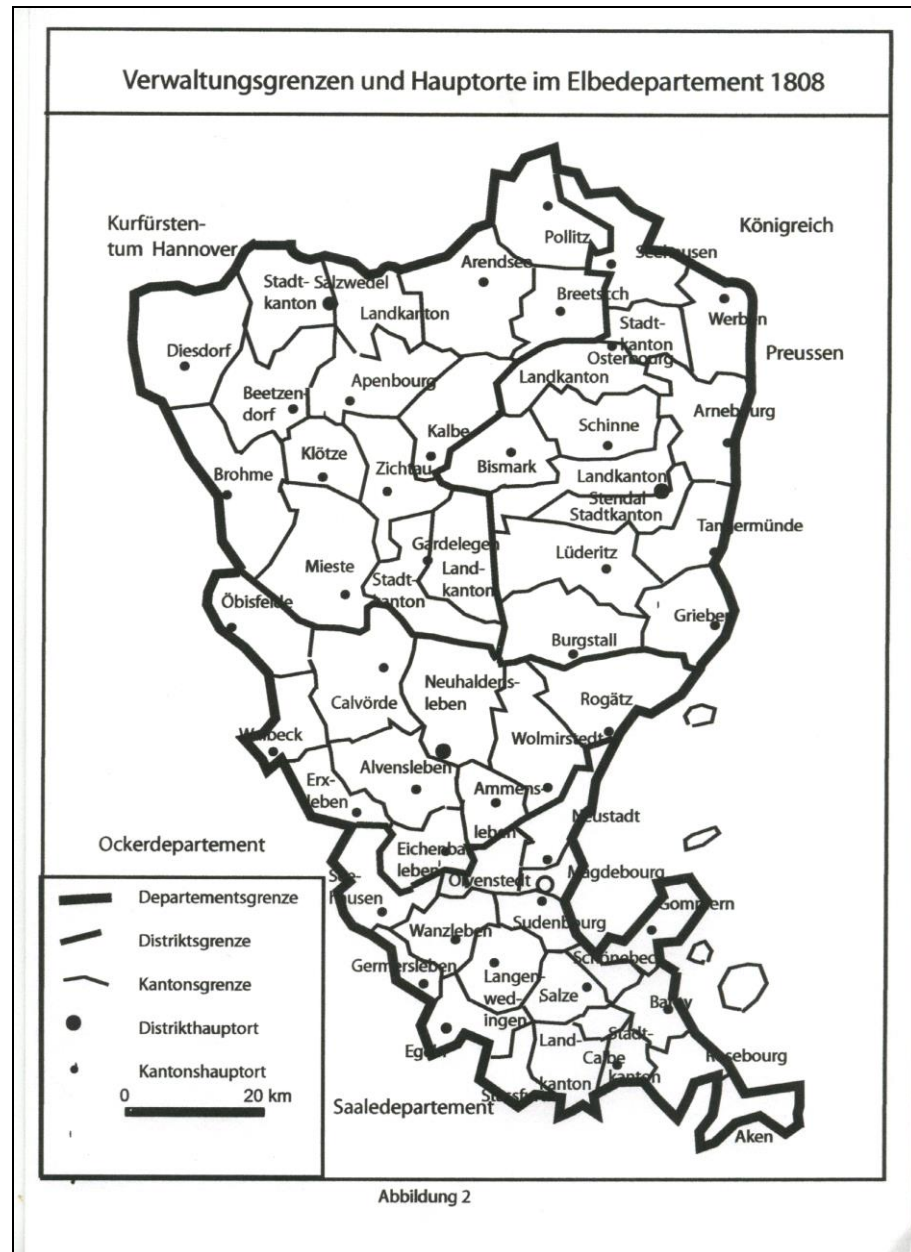


Abbildung 2

Diese Abgrenzungen erklären sich übrigens nicht durch bestimmte befestigte Verkehrswege, die etwa eine Streckung der Territorialeinheiten gerechtfertigt hätten. Sicherlich erklärt sich ein Teil der Flächen- und Bevölkerungsunterschiede durch unterschiedliche Bevölkerungsdichten. So sind in den dichtbesiedelten Regionen die Kantone kleiner und in den schwach besiedelten ausgedehnter, um eine gewisse Mindestbevölkerung zu

garantieren, die normalerweise bei 2000 Einwohnern lag, wobei es eine Ausnahme gab.¹⁴ Aber weder existierte eine exakte Korrelation auf der Ebene des Königreichs zwischen den mittleren Kantonsflächen und den Bevölkerungsdichten der Departements, noch war diese Korrelation innerhalb eines Departements zu beobachten (Abbildung 3).

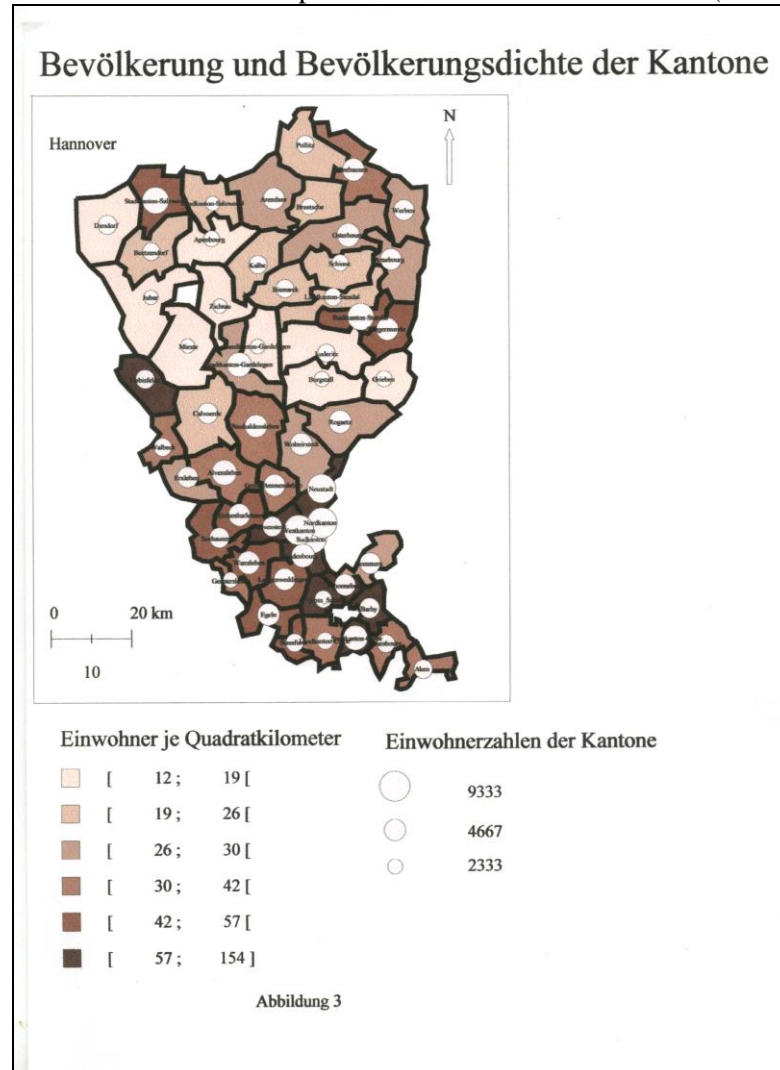


Abbildung 3

¹⁴ Der Kanton Lügde im Distrikt Höxter im Fuldadepartement hatte nur 1698 Einwohner: Neueste Übersicht der gegenwärtigen Territorialeinteilung und Bevölkerung, 1. Juli 1809, Nationalbibliothek von Sankt Petersburg (NBStP), Nachlass Suchtelen (993), Westfälisches Archiv, Karton 3, Nr. 364

Dies fällt vor allem bei den sogenannten Stadt- und Landkantonen auf. Wenn man annimmt, dass es sich dabei um eine Raumaufteilung zwischen Stadt und Land, etwa wie bei den deutschen Stadt- und Landkreisen handelt, unterliegt man einem Trugschluss. Die Stadtkantone umfassten in der Regel außer dem eigentlichen Stadtgebiet mit der Stadtkommune noch etliche Landgemeinden. Der entsprechende Landkanton umfasste nur Landgemeinden. Diese Aufteilung führte in der Praxis zu großen Disparitäten zwischen den Stadt- und Landkantonen. Der Stadtkanton war viel stärker bevölkert als der Landkanton, da zu einer erheblichen Stadtbevölkerung noch eine bedeutende Landbevölkerung kam. Wenn man das bloße Kriterium der Erreichbarkeit des Friedensrichters zugrunde legt, war diese Ungleichheit nicht gerechtfertigt, da die Beamten beider Kantone in der Stadt residierten und der Weg in jedem Falle derselbe war. Man hätte also aus der Stadt einen eigenen Kanton bilden können und aus dem umliegenden Land einen anderen und so häufig annähernd gleiche Raumeinheiten geschaffen. Die Lösung dieser Rätsel konnte zum Teil durch das Testen bestimmter Hypothesen zum Teil durch Zufall gefunden werden.

Die Auswertung der Fragebögen, die das Personal der ehemaligen Provinzen für die Aufnahme in den westfälischen Dienst ausfüllen mussten, und der Vergleich mit den existierenden Gerichtshöfen erlaubten es, die Zahl der für ein bestimmtes Gebiet vorhandenen Staatsdiener festzustellen.¹⁵ Als ich nun die Zahl der disponiblen Unterrichter mit der Zahl der geschaffenen Kantone im Elbedepartement verglich, stellte ich zufällig deren Gleichheit fest. Eine Überprüfung der Zahlen im Saale- und im Harzdepartement führte zum selben Ergebnis. Anders ausgehende Analysen wie die Stefan Brakensieks,¹⁶ die hessischen Gebiete betreffend, erweisen sich meines Erachtens als Irrtum. Auch in den hessischen Territorien war die Zahl der Friedensrichter der Zahl der Amtsträger der einstigen Niederjustiz, zu denen außer den fürstlichen Amtsmännern auch die Patrimonialrichter und die unmittelbaren Magistrate gehörten, annähernd gleich. Ich gehe also, bis zum Beweis des Gegenteils in einem der übrigen Departements, davon aus, dass die Zahl der Kantone und damit der Friedensrichter nach der Zahl der vorher vorhandenen Unterrichterstellen bestimmt wurde. Die Organisatoren des

¹⁵ Personalbögen zur Übernahme in den westfälischen Dienst Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK) HA 5, Rep.B4, n° 63-66

¹⁶ Brakensiek, S.121: Die landesfürstlichen Ämter umfassten, außer einer kleinen Stadt, zwischen 12 und 15 Dörfer, die Patrimonialgerichte nur 2 bis 3 Dörfer. Trotz ihrer großen Anzahl (56 Adelsgerichte gegenüber 29 fürstlichen Ämtern), waren die Patrimonialgerichte nur für 20% der hessischen Bevölkerung zuständig. Laut dem Autor wurden 15 Patrimonialrichter zu Friedensrichtern ernannt. Es gab also mindestens 15. Addiert man zu dieser Zahl die der Ämter sowie die der direkt dem Landesfürsten unterstehenden städtischen Magistrate kommt man auf eine Zahl die ungefähr der der 1808 geschaffenen Kantone entspricht.

Königreichs Westfalen trugen also sozialen Gesichtspunkten und den realen Möglichkeiten von Anfang an Rechnung und organisierten das Territorium nicht nach einer abstrakten Rationalität.

Die dezentrale Lage der Hauptorte der Kantone und die langgestreckte Form vieler dieser Territorialeinheiten werden verständlich, wenn man diese mit ihren Vorgängereinheiten, den Gerichtsobrigkeiten, vergleicht. Wie wir gesehen haben, waren die Gerichtsherrschaften selten völlig zusammenhängende Territorien. Aber ein Prozess der Territorialisierung hatte wahrscheinlich seit dem 16. Jahrhundert eingesetzt und zu mehr oder weniger gruppierten Bezirken geführt. Denn die Ausübung der Gerichtsbarkeit und das Abliefern der Abgaben, da Gerichtsherr und Grundherr in der Regel zusammenfielen, erforderten die räumliche Nähe der Untertanen und des Richters.¹⁷ Indem nun die Organisatoren des Königreichs die Kantonsgrenzen häufig in der Nähe der Hauptorte zogen, wo sich auch die meisten Untergerichte befunden hatten, teilten sie diese Bezirke in zwei, drei oder mehr Teile und zerstörten somit den räumlichen Rahmen der ehemaligen Herrschaften (Abbildung 4), die formell durch die neue Gesetzgebung aufgehoben wurden.¹⁸ Die Zerstückelung der Patrimonialgerichtshöfe war also nicht das zufällige Ergebnis einer allgemeinen verwaltungstechnischen Rationalität, sondern das Resultat einer gezielten Politik, die durch das Argument effizienter Verwaltung oder neutraler Kriterien wie physisch-geographischen Komponenten nur verschleiert wurde. Eine der Folgen dieser neuen Territorialeinteilung war ein gewisser personeller Wechsel, denn selbst wenn der ehemalige Unterrichter in seinem Wohnort zum Friedensrichter ernannt wurde, unterstand ihm in der Regel nur ein geringer Teil seiner ehemaligen Amtsuntertanen. Im Elbedepartement hatten ungefähr nur ein Drittel der Dörfer sich an denselben Richter zu wenden als vor 1808.

¹⁷ Harnisch, Heitz, S.12,

¹⁸ Was Siméon dem Präfekten ausdrücklich in Erinnerung rief: LHSAW, Rep. B 18, I, Nr. 178, 37, Brief vom 4. März 1808

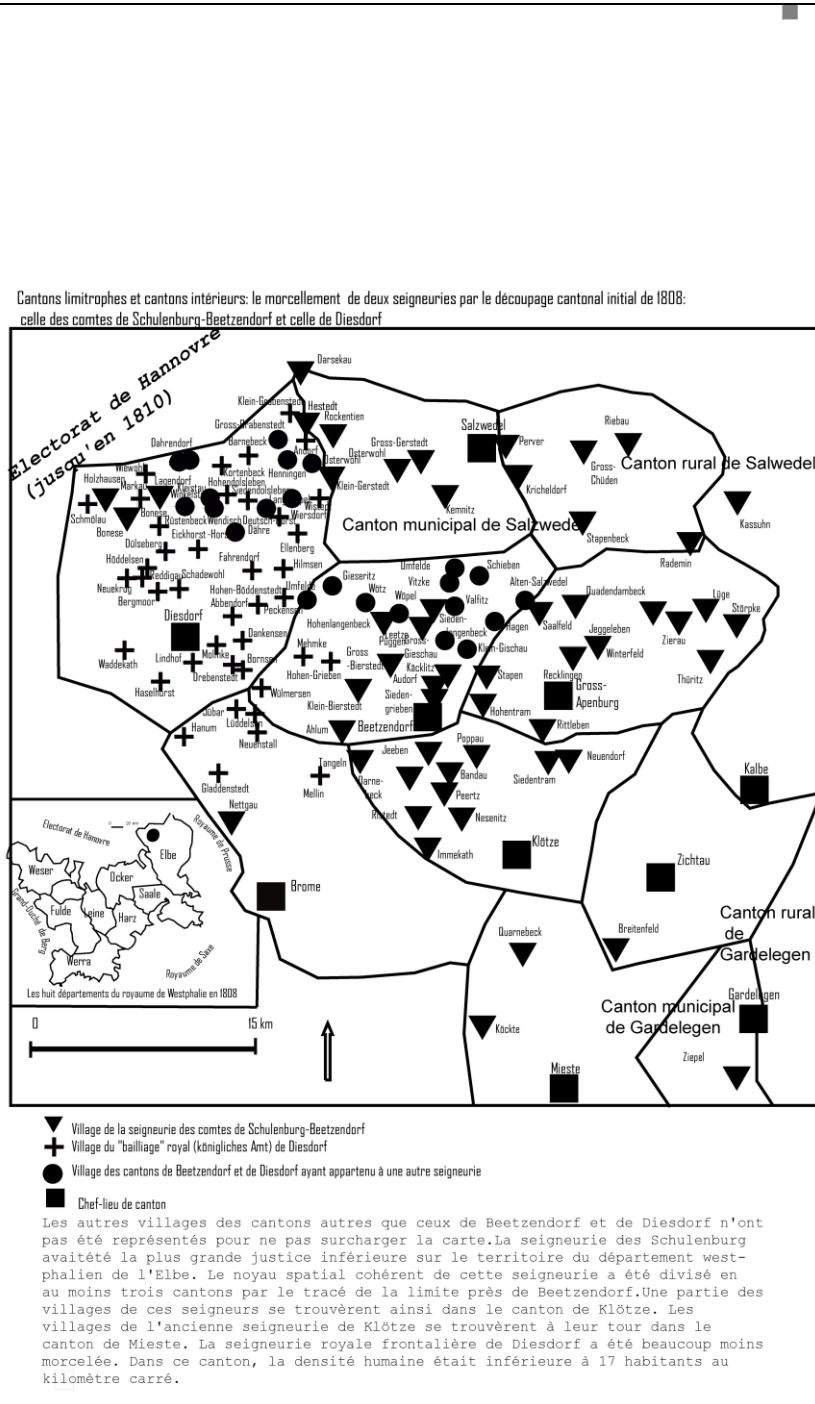


Abbildung 4

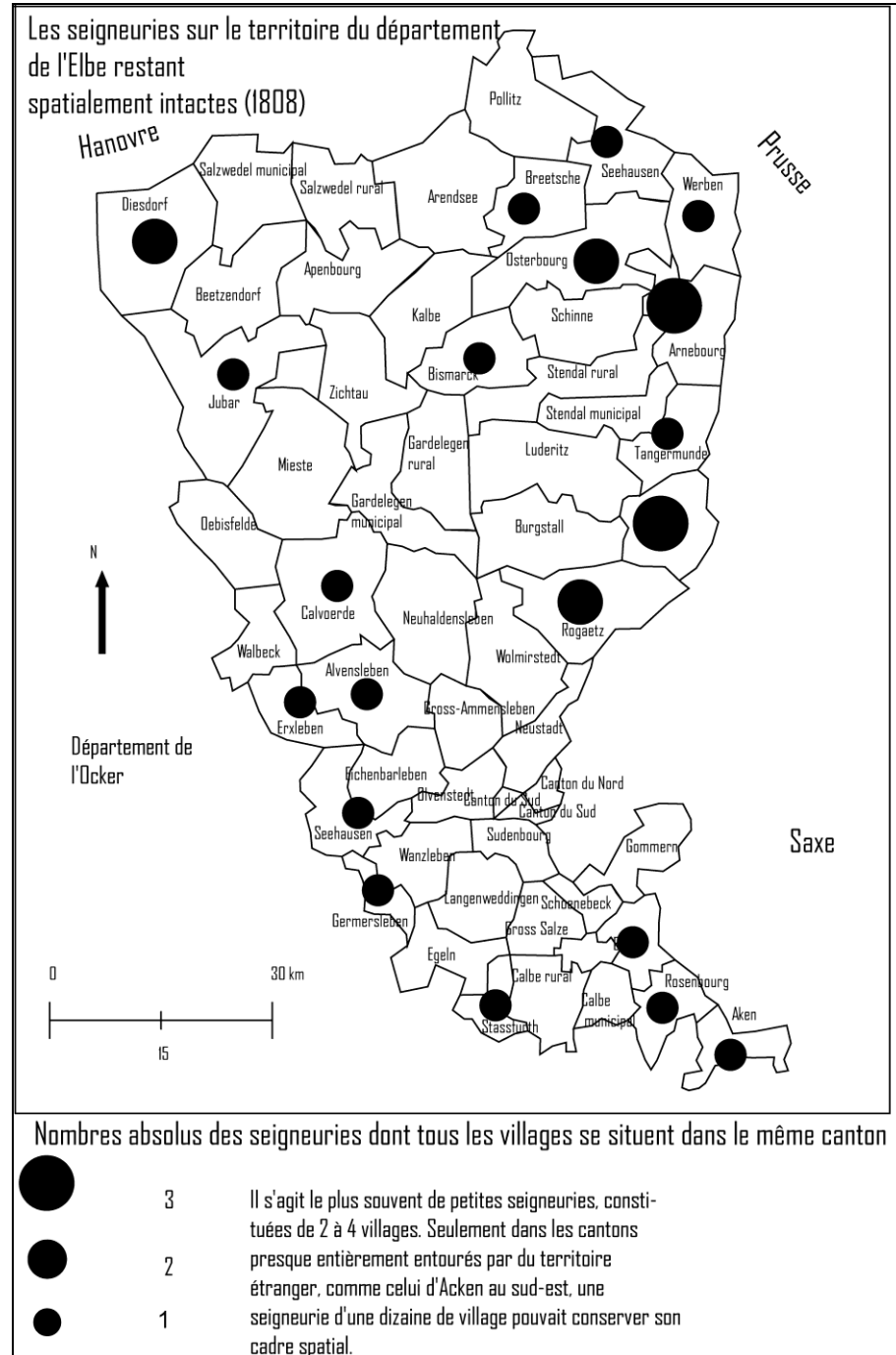


Abbildung 5

Der Zerstückelungsgrad der Gerichtsherrschaften war in den grenznahen Kantonen geringer, weil dort die Linienführung nicht völlig von den

Organisatoren des Königreichs abhängig war, sondern zum Teil von internationalen Verträgen bestimmt wurde (Abbildung 5).

Was nun die demographische Ungleichheit der sogenannten Stadt- und Landkantone betraf, gestattete diese eine bessere Hierarchisierung der Beamten. Bei der ersten Ernennung im Jahre 1808 wurde dieses Prinzip noch nicht angewandt. Aber in der Folgezeit war für junge Juristen oder Aktuare die Stelle in einem Landkanton die notwendige Etappe vor der Ernennung in einem Kanton mit größerer Bevölkerung.¹⁹ Die Friedensrichter wurden dementsprechend in drei Kategorien geteilt, deren Gehalt sich von 800 bis 1200 Francs staffelte. Im übrigen waren auch die Departements in Frankreich recht ungleich.

Nun könnte man argumentieren, dass es bereits vorher so etwas wie einen Cursus honorum gab. Doch im Unterschied zum vorherigen System, lag die Entscheidung über den Aufstieg in der Hierarchie nicht bei den provinziellen Eliten, sondern bei der westfälischen Regierung.

Zentralisierung und lokale Autonomie

Das Königreich Westfalen setzte sich aus 29 ehemaligen Provinzen beziehungsweise Fürstentümern zusammen, die bis 1807 eigene Verwaltungen besessen hatten. In den preußischen Provinzen handelte es sich zumeist um sogenannte Kriegs- und Domänenkammern. Daneben bestanden in der Regel andere Provinzverwaltungen wie die als Regierungen bezeichneten Gerichtshöfe und die Akzisekollegien. Auf der Ebene der Provinz existierten weiterhin kleinere spezielle Verwaltungen wie die Postdirektion und die Oberforstmeisterei.²⁰

Die preußische Regierung hatte diese provinzielle Verwaltungsebene gestärkt, was offiziell mit der Ausdehnung der Hohenzollernmonarchie begründet wurde. So wurden im Jahre 1800 einige Kompetenzen des Generaldirektoriums in Berlin an die Domänenkammern abgetreten. Die Zahl der nach Berlin zu sendenden Stadtrechnungen wurde gesenkt und die Ernennung einer Anzahl städtischer Beamter wurde den Kammern überlassen.²¹

Vergleicht man die westfälischen Institutionen mit ihren Vorgängereinrichtungen hinsichtlich ihrer jeweiligen Kompetenzen und der Gehälter ihrer Beamten, kann eine Abwertung dieser Zwischeninstanzen

¹⁹ Das zeigen die Ernennungen in den Folgejahren: GStAPK, Rep. B 4, Nr.23, Blatt 156, 159, 237, 250,

²⁰ Die Beschreibung der Provinzinstitutionen findet sich in den von der Regentschaft angeforderten und von den Intendanten erstellten Berichten und Übersichten, für das Herzogtum Magdeburg: GStAPK, V, Rep. B 25, I, 1-10

²¹Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, LHSAM, Rep. A 7, n° 81

zugunsten der Kasseler Zentralverwaltung und zum Teil auch der untersten lokalen Verwaltungseinrichtungen festgestellt werden.

Diese Zentralisierung betraf zum einen das Ernennungsrecht. Vor 1808 wurden die Dorfschulzen entweder von der Kammer oder der jeweiligen Gerichtsobrigkeit ernannt. Nur die Bürgermeister der Städte wurden von der preußischen Regierung bestimmt. Die westfälische Regierung hingegen behielt sich das Recht zur Ernennung aller Maires vor. Im übrigen ernannte der König auch alle Munizipalräte des Königreiches und dies betraf immerhin mindestens 16000 Personen, die aus Listen ausgesucht wurden die zwischen 30 und 40000 Namen enthielten. Diese wurden nur zum Anfang von den Departementalkollegien zusammengestellt.²² Man darf dabei nicht vergessen, dass das Innenministerium nur 15 Personen, einschließlich Minister, beschäftigte.²³ Eine Auswertung der Korrespondenz der Magdeburger Kammer von 1790 bis 1807 und der westfälischen Domänenendirektion des Elbedepartements ergab, dass der Anteil, der von der Provinzial- beziehungsweise Departementalbehörde mit der jeweiligen Zentralbehörde geführten Korrespondenz, sich beim Übergang zum Königreich Westfalen verdoppelte.²⁴

Diese Zentralisierung verstärkte sich im Verlaufe der Jahre. Während die Friedensrichter zumindest am Anfang von den Departementalkollegien bestätigt wurden,²⁵ erfolgte ihre Ernennung in der Folgezeit ausschließlich durch königliches Dekret auf Vorschlag des Justizministers.²⁶

Andere Kompetenzen der provinziellen Instanzen entglitten ebenfalls ihren vergleichbaren Nachfolgebehörden wie zum Beispiel die Revision der Rechnungen. Um 1800 wurden so zum Beispiel nur 10 der 33 Stadtrechnungen des Herzogtums Magdeburg zur Abnahme nach Berlin

²²Archives des Affaires Etrangères (A.A.E.), Correspondance Politique, Westphalie, 14,158 : Am 1. Januar 1810, gab es 2840 Kommunen und ein Jahr später nach der Eingliederung Hannovers 3456 Kommunen. Für die kleinen Kommunen enthielten die Kandidatenlisten für die 8 Munizipalräte normalerweise 16 Namen, für die größeren 32 Namen: Listen der Kandidaten für den Munizipalrat: LHSAM, Rep. 18, I, Nr. 267a

²³NBSStP, Westfälisches Archiv, Karton 3, Blatt 350

²⁴In diese Analyse wurden alle Akten des Bestandes der Archive der Ämter Calbe, Rosenberg und Stassfurth zwischen 1790 und 1807 einbezogen: LHSAM, Rep. A, 9c, X, XX und XV. Für die westfälische Zeit wurden die Bestände der Domänenendirektion ausgewertet: LHSAM, Rep. B 20, a

²⁵Ernennungsdekret der vom Collège Electoral vorgeschlagenen Friedensrichter, vom 1. Juni 1808 LHSAM, Rep. B 18 I, N° 148, I, 157; modifizierte das erste Dekret, das provisorische Friedensrichter ernannt hatte, nur wenig

²⁶GSTAPK, Rep. B 4, Nr. 23, Korrespondenz des Justizministers mit dem Distriktsgericht Magdeburg

gesandt, d.h. die der Städte, deren Einnahmen 1000 Reichstaler überstiegen. Die preußische Dezentralisierungsreform hob dann diesen Betrag sogar auf 2000 Taler an.²⁷ Seit dem Bestehen des Königreichs Westfalen mussten die Präfekten und Unterpräfekten alle Budgets, also nicht nur die Rechnungen, aller Städte von mehr als 2500 Einwohnern zur Bestätigung nach Kassel senden.²⁸ Ab 1810 wurden dann alle Budgets von Gemeinden, deren Einnahmen 2000 Francs (540 Taler) überstiegen und vor allem auch aller der Kommunen, deren Defizit größer als 100 Francs war, durch königliches Dekret bestätigt. Im Elbedepartement betraf das im Jahre 1812 zum Beispiel 200 Budgets.²⁹ Wenn man bedenkt, dass das Herzogtum Magdeburg und das spätere Elbedepartement eine vergleichbare Größenordnung hatten, wird die erheblich stärkere Kontrolle durch die Zentralinstanz deutlich.³⁰

Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei nicht zwangsläufig um eine verstärkte Bevormundung der Gemeinden handelte, denn natürlich waren die Landgemeinden vor 1807 nicht autonom. Sie waren vielmehr der Kontrolle der Zwischeninstanzen unterworfen gewesen. Die Gemeinderechnungen wurden entweder von den Gerichtsobrigkeiten oder von den Landräten abgenommen, was sowohl aus einem Entwurf zu einer Polizeiverordnung für das Herzogtum Magdeburg als auch aus Sporteltaxen hervorgeht.³¹ Landratsamt und Gerichtsobrigkeiten waren normalerweise fest in der Hand der traditionellen Eliten.

Ursprünglich sollte den conseils généraux und den conseils de district die Verteilung der direkten Steuern auf ihre jeweiligen Untereinheiten obliegen. Seit dem Bestehen des Königreichs Westfalen beschränkten sich diese Verteilungskompetenzen nur auf die Personalsteuer. Diesen Behörden kam es auch anfänglich zu, die sogenannten Departemental- und Kantonallasten auf die Kommunen zu verteilen. Ab 1810 wurden diese Ausgaben dann abgeschafft und vom königlichen Schatz übernommen. Das, was als eine Erleichterung präsentiert wurde³², wurde dann aber auf dem Wege der Erhöhung der Grundsteuer (contribution foncière) wieder in die königlichen Kassen hereingeholt, was die Erhöhung der Grundsteuer zum Teil erklärt. Vor allem wurde die Veranlagung zu dieser Steuer zentral von der Generaldirektion kontrolliert. Die einzige kollegiale Verteilungsinstitution, die nicht ihrer Kompetenzen beraubt

²⁷ LHSAM, Rep. A 7, n° 81

²⁸ LHSAM, Rep. B 19, d, n° 93, Zirkularschreiben an die Maires

²⁹ LHSAM, Rep. B 18 II, 1. Budgets II, b-c budgets des communes des districts de Neuhaldensleben, de Stendal et de Salzwedel

³⁰ Im Innenministerium gab es dafür eigens einen Commis aux budgets communaux: NBStP, Westfälisches Archiv, Karton 3, Nr. 350

³¹ LHSAM, Rep. H Erxleben, n° 3624 ; LHSAM, Rep. A 8, n° 92, « Tarifliste für die Land- und Steuerräte des Herzogtums Magdeburg », 1786

³² LHSAM, Rep. B 18, I, n° 126, vol 1, 62, Zirkularschreiben vom 31 Januar 1810

wurde, sondern deren Rechte von der Zentralregierung verteidigt wurden und die im Verlaufe noch vermehrt wurden, war der Munizipalrat.³³

Diese relative Beschneidung der Kompetenzen betraf auch die darunter liegende Ebene der Gerichtsobrigkeiten, seien diese nun fürstlicher oder landständischer Natur. Die Befugnisse eines preußischen Unterrichters waren relativ bedeutend.³⁴ Als westfälischer Friedensrichter, konnte derselbe Jurist höchstens über Fälle Recht sprechen, deren Gegenstand sich auf maximal 74 Francs ohne und 148 Francs mit der Möglichkeit der Berufung belief.³⁵

Nebenbei sei bemerkt, dass den Departementinstanzen auch der Zugriff auf die Rekruten entglitt, denn die westfälischen Einheiten hatten im Gegensatz zu den preußischen keine festen Rekrutierungsbezirke.³⁶

Es kann aber nicht von einer generellen Schwächung aller unteren Instanzen zugunsten der Zentralregierung die Rede sein, vielmehr ging diese Abwertung mit der Aufwertung der untersten Verwaltungsebene, der der Gemeinden einher. Die neu eingerichteten Polizeigerichte durften zum Beispiel Bußgelder bis zu 20 Francs verhängen.³⁷ Die vorherigen Dorfgerichte mussten sich auf Strafgelder in Höhe von einem Taler, also ungefähr 3,7 Francs, beschränken.³⁸

Diese Umverteilung der Zuständigkeiten drückte sich auch in der Besoldung aus. Die Post- und die Forstverwaltung liefert dafür Beispiele. Das Durchschnittsgehalt der Postangestellten auf dem Gebiet des Elbedepartements betrug 1018 Francs vor 1808 und fiel auf 557 Francs zur westfälischen Zeit.³⁹ Aber drei viertel der Angestellten erhielten einen höheren Lohn als vorher. Dieses Paradox erklärt sich aus der Verringerung des Gehalts der Personen, die vorher die Provinzdirektionen innehatten.

Der Widerstand der traditionellen Eliten

Natürlich erklärt sich ein Teil dieser Veränderungen einfach durch die Übertragung eines im Ausland erprobten Modells. Das französische

³³ LHS AW/Rep.B18,II,no.273, I, Schreiben des Innenministers an den Präfekten; Todorov, *Le département*, S. 267 ff.

³⁴ Archives Nationales (A.N.)138 AP 143, Tableau du gouvernement, de l'administration, de la Justice, de la Statistique de la Vieille Marche en 1807, S. 14, vom französischen Intendanten Chivaille verfaßt

³⁵ Kohl, S. 203

³⁶ LHS AW, Rep. B 18, II, n° 134, 1, 158, Verteilungsliste der Konskribierten des Elbedepartements: die Einberufenen wurden auf die verschiedensten Einheiten verteilt, die auf dem Territorium des Königreichs stationiert waren.

³⁷ Kohl, S. 204

³⁸ LHS AW, Rep. H Erxleben, n° 3624, Artikel 40, des Entwurfs der Magdeburger Polizeigerichtsordnung, 1805

³⁹ Todorov, *Le département*, S. 526

Äquivalent zur Patrimonialgerichtsbarkeit wird zum Beispiel stets als eine Heckenjustiz beschrieben,⁴⁰ obwohl sie sich am Vorabend der Revolution einer regen Vitalität erfreute,⁴¹ während die juristischen Funktionen der Untergerichte in Deutschland, vor allem in den ostelbischen Gebieten recht bedeutende Funktionen hatten.⁴² Zum anderen sahen wir, dass das französische Modell im Laufe der Jahre modifiziert wurde.

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung der verschiedenen Institutionen und Verwaltungsebenen sowie die ihrer täglichen Verwaltungspraxis erhellt die Beziehungen der mittleren und unteren Verwaltungsstufen zur Zentralverwaltung in Kassel. Das Korps der Präfekten und Unterpräfekten entstammte, von einigen Ausnahmen abgesehen, zwei Gruppen, der der ehemaligen Kammerräte- und Assessoren, von Adel oder nicht, einerseits, der der Landräte und Kreisdeputierten andererseits.⁴³ Analysiert man ihre Tätigkeit im Elbedepartement nach einer Reihe von Kriterien, wie

- dem ihrer persönlichen Ernennungspolitik,
- dem ihrer Haltung gegenüber der Territorialeinteilung,
- dem ihrer Haltung gegenüber der Abschaffung oder dem Rückkauf der Feudallasten,
- dem ihrer Einstellung zur Steuergleichheit, stellt man die massive Feindschaft aller ihrer einheimischen Vertreter zur neuen Gesetzgebung fest.

Die Präfekten und Unterpräfekten schlugen systematisch die adligen Grundbesitzer und Domänenpächter für den Posten des Maire vor, obwohl diese vorher nie das Amt des Schulzen oder Dorfrichters ausgeübt hatten. In einigen Fällen schlugen sie sogar ortsfremde Adlige, etwa die des Domkapitels zu Magdeburg, für die ehemaligen Gerichtsdörfer vor.⁴⁴ Der

⁴⁰ Erkens, S. 39 ff.

⁴¹ Bercé, Durand, Le Flem, S. 80 ff.: Die Autoren unterstreichen die Konkurrenz der königlichen und grundherrlichen Gerichtsbarkeit, die Vollendung der territorialen Abdeckung Frankreichs durch die königliche Gerichtsbarkeit unter Ludwig XIV., aber auch die Vitalität der grundherrlichen Gerichtsbarkeit am Vorabend der Revolution.

⁴² Kaak, S. 437

⁴³ Von den Präfekten stammte die Hälfte aus dem Adel (Verhältnis Adlige : Nichtadlige Anfang 1808: 5:3; Ende 1808, 4:4; 1812 5:3; 1813, 4:4). Von den 20 Unterpräfekten waren 10 Adlige. Auch dort änderte sich das Verhältnis kaum in den folgenden Jahren. Die ehemaligen Angehörigen der Domänenkammern stellten mit 14 Personen die Hälfte der Präfekten und Unterpräfekten, die ehemaligen Landräte 5 Personen. Im Elbedepartement entstammten 1808 alle Vertreter der beiden Korps dem Adel, wobei Berufsbeamte und grundbesitzende ehemalige Landräte gleichermaßen vertreten waren. Vgl. Todorov, Le département, S. 184 ff.

⁴⁴ LHSAW/Rep.B 18, Nr. 267, Bd. I, 127, Brief des Präfekten an den Minister vom 24. März 1808

Präfekt, der Graf von der Schulenburg-Emden, zögerte nicht, sich selbst und seinen Bruder, den Unterpräfekten von Stendal, als Maires in den beiden Kommunen vorzuschlagen, in denen sie ihre Rittergüter hatten und deren ehemalige Patrimonialherren sie waren.⁴⁵ Die Ernennungspolitik dieser Beamten war also von der Sorge geprägt, die alten Verhältnisse durch eine personelle Kontrolle der unteren Verwaltungsränge aufrechtzuerhalten.

Hinsichtlich der Territorialeinteilung ging es diesem Teil der Beamtenschaft um eine Restauration der alten Verhältnisse. Sie versuchten sowohl punktuell bestimmte Dörfer an bestimmte Kommunen anschließen zu lassen, in denen zum Beispiel der ehemalige Gerichtsherr oder ein Domänenpächter Maire war, als auch eine völlig neue Kantonaleinteilung durchzusetzen, die die ehemaligen Gerichtsherrschaften weitgehend intakt ließ bzw. wiederhergestellt hätte. Die Vorschläge zur Veränderung der Kantonal- und Kommunaleinteilung lassen dies deutlich werden.⁴⁶

Ihre Einstellung zur Abschaffung der Feudallasten bzw. zum Rückkauf der Reallasten war nicht weniger konservativ. In ihren Expertisen teilten sie fast systematisch den Standpunkt der ehemaligen Grundherren, wenn es galt, eine Abgabe als persönlich und damit als aufgehoben oder als real und damit als abzulösen einzustufen. Auch versuchten sie, die an die staatlichen Domänen zu entrichtenden Abgaben und Dienste als öffentliche Abgaben mit Steuercharakter darzustellen, um so von der Regierung ihre Beibehaltung zu erwirken.⁴⁷ Davon abgesehen, erhoben sie in den Dörfern ihrer eigenen Grundherrschaften längst aufgehobene Abgaben weiter.⁴⁸

Die von den Unterpräfekten präsidierten Kommissionen zur Evaluierung der von den sogenannten ehemaligen Steuerfreien zu erhebenden Exemptssteuer kamen zu für den Finanzminister enttäuschenden Ergebnissen. Diese Kommissionen waren zur Hälfte aus Vertretern der ehemals privilegierten Stände, das heißt der Geistlichkeit und des Adels, zur Hälfte aus Vertretern des sogenannten Dritten Standes zusammengesetzt. Aber der Präfekt und die Unterpräfekten hatten dafür gesorgt, unter den Vertretern des letzten Standes etliche Privilegierte ernennen zu lassen.⁴⁹ Zwar hatte man alle Domänenpächter, die keine

⁴⁵LHSAW, Rep.B 18, I, Nr.267, Bd. I,127, 37-44, Tabelle des Unterpräfekten von Neuholdensleben, vom 16. März 1808 und das königliche Dekret vom 13. April 1808, das die Maires der Kommunen mit weniger als 2500 Einwohnern ernannte

⁴⁶Die verschiedenen Vorschläge die Kommunal- und Kantonaleinteilung zu verändern finden sich in LHSAW, Rep.B 18, I, Nr. 247; Rep. B 18, I, n° 243, a; Nr. 279, Bd. 1

⁴⁷Korrespondenz des Ministers mit dem Präfekten LHSAW, Rep. B 18, I, n° 1594, 52, Kassel, den 22 August 1808; 59, Antwort des Präfekten vom 26 August, 66, Brief des Präfekten an Siméon, vom 11. September 1808 sowie vom 30. September 1808

⁴⁸So zum Beispiel der Unterpräfekt von der Schulenburg-Bodendorf das Schutzgeld: LHSAW, Rep. H Bodendorf, n°259, 1-2, 25. Februar 1812

⁴⁹LHSAW, Rep.B18/I, no.1579, Bd. I, 129-130

Steuern gezahlt hatten aber auch nicht adlig waren, als Mitglieder dieser Kommissionen abgelehnt, aber wie wollte man in Kassel überprüfen, ob ein Bauer oder ein Dorfschulze ein steuerfreies Grundstück bearbeitete und damit ebenfalls an einer Minimalbesteuerung interessiert war? Eine ähnliche Haltung konnte beim Personal der Distriktgerichte und bei der Domänendirektion beobachtet werden. Ein Schreiben des Präsidenten des Distriktgerichtes von Magdeburg an den Justizminister Siméon zeugt von seinen Sympathien für die Grundherren:

« J'ai eu l'honneur de proposer à Votre Excellence un projet de règlement par rapport aux corvées et d'accommodement à l'amiable entre les plaignants. Vous daignâtes l'approuver. Ensuite de ces plans, on a tout essayer pour inspirer de meilleures dispositions aux corvéables et pour satisfaire à leurs plaintes. Mais tout a été en vain. Ils persistent dans leur opposition...Cependant, il est fortement à désirer que les préventions des corvéables non seulement à Beetzendorf mais dans toute la Vieille Marche soient dissipées, les tenants fiefs souffrant trop du refus des services de leurs paysans, ils sont obligés de faire faire pour de l'argent l'ouvrage de ces derniers. »⁵⁰

Natürlich leisteten diese Beamten keinen offenen Widerstand gegen die Regierung, gegen das was man in Deutschland als den Dienstherrn bezeichnen würde. Sie versuchten vielmehr, wie es bereits früher üblich gewesen war, die Regierung durch den Hinweis auf die Lokalverhältnisse oder auf den administrativen Nutzen zum Einlenken zu bewegen. Sie bedienten sich dabei durchaus eines rationalen, d.h. in sich logisch geschlossenen Diskurses.

Eines der geläufigsten Argumente der Präfekten und Unterpräfekten war die angebliche Rückständigkeit, der Mangel an Bildung der Bevölkerung und die daraus resultierende Schwierigkeit „geeignete Subjekte“ für die untersten Stellen zu finden. Auf diese Behauptung gründeten die Beamten dann ihre zahlreichen Vorschläge Kommunen zusammenzulegen bzw. eine neue Verwaltungsebene einzuführen, die sie dann in Gestalt der Mairies de canton auch durchsetzen konnten.

Die sozialen Ziele dieser neuen Verwaltungsstufe werden deutlich, wenn man die Zusammensetzung der Gruppe der Kantonmaires unter die Lupe nimmt. Im Distrikt Stendal, der eine Art Adelsregion darstellte, waren 9 von 10 Kantonmaires adlige Rittergutsbesitzer, der zehnte ein Domänenpächter. In den anderen Distrikten waren die Domänenpächter stark vertreten.

Dass diese Verwaltungsebene kaum an der Realisierung der Reformen interessiert war, ist nicht verwunderlich, da sie von ehemals

⁵⁰ GStAPK, Rep. B 4, n° 129, von Vangerow an den Minister, 28. März 1809

Privilegierten infiltriert war, die übrigens nur selten Verwaltungserfahrung hatten. Die Kontrolle der Kommunalverwaltung durch diese Schichten war erheblich schwieriger. Im Distrikt Stendal, wo diese persönliche Kontrolle am besten gelang, besetzten die adligen Rittergutsbesitzer und ihre Pächter nur maximal 30% der Mairies. Die Analyse der konkreten Verwaltungstätigkeit dieser Kantonmaires bestätigt, dass es den adligen Gutsbesitzern wie auch den Domänenpächtern nur um die Wahrung der Kontrolle über eine aufmüpfige Landbevölkerung ging. Zwei Beispiele seien dazu angeführt. Im April 1808 wurde der ehemalige preußische Staatsminister von Angern zum Maire der Kommune Sülldorf ernannt. Er hatte sich bereits als ehemaliger Magdeburger Kammerpräsident durch eine adelsfreundliche Politik ausgezeichnet.⁵¹ Als Maire appellierte an den Präfekten bei der Verteilung der Vorspannlasten die adligen Rittergüter zu verschonen. Es sei normal, dass die Bauern mehr Vorspann leisten müssten, denn sie hätten ja ihre Höfe mit dieser Verpflichtung erworben und besäßen dementsprechend verhältnismäßig mehr Vorspannpferde! Von Angern spielte bei seiner Politik auf dem Dorfe im übrigen die Kleinbauern, die Kossathen gegen die Vollspanner aus, als es zu Unstimmigkeiten über die Verteilung der Kommunallasten zwischen diesen Gruppen kam.⁵² Aber auch die königlichen Domänenpächter versuchten, die Durchsetzung der Reformen, zu verhindern. Die „Erklärung“ des königlichen Ablösungsdekrets durch den Maire des Kantons Diesdorf zielte eher darauf ab, die Bauern einzuschüchtern, als ihnen klar zu machen, welche Abgaben sie nicht mehr zu leisten hätten.⁵³

Nun könnte man natürlich fragen, wie es denn möglich ist, festzustellen, ob die Klagen über die Schwierigkeit, geeignetes Personal unter der Landbevölkerung zu finden, der Wahrheit entsprechen. Man muss dazu wissen, dass das Lamento der Präfekten und Unterpräfekten über den Mangel an Qualifikation der Bauernschaft keine Spezifik unseres Departements und auch nicht des Königreichs Westfalen war. Zahlreiche Monographien über altfranzösische oder an Frankreich angeschlossene Gebiete wie die belgischen oder auch hanseatischen Departements weisen ebenfalls auf diese angeblichen Schwierigkeiten hin.⁵⁴ Auch dort bestand die Strategie der Präfekten darin, die Kommunen zusammenlegen zu lassen bzw. eine den Gemeinden übergeordnete zusätzliche Verwaltungsebene zu

⁵¹ Todorov, S. 174 ff.

⁵² LHSAW, Rep. B18, I, n° 383, I, 93, Brief Angerns an den Präfekten vom 13. August 1808

⁵³ LHSAW, Rep. B19, Nr. 53

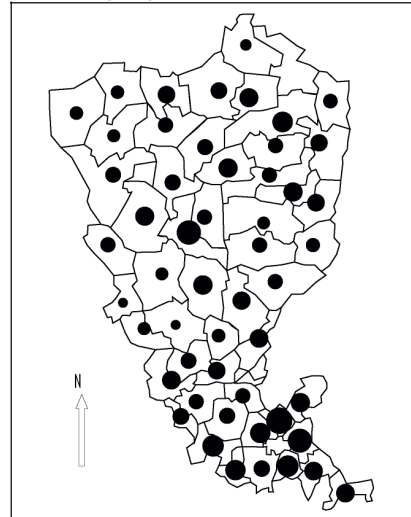
⁵⁴ Soulet, J.-F., S. 56 ; der Präfekt Chaîne: « J'ai beaucoup de prétendues communes de 30, 20, même de 10 maisons. Il n'y a pas assez d'habitants pour composer leurs conseils municipaux et difficilement trouve-t-on un homme qui sache signer son nom pour le faire maire... »; Ioulia, S.140 ; Tihon, S.534ff.. ; Woolf, S. 163

fordern. Erstaunlicherweise hat die kaiserliche Regierung solche Vorschläge stets abgelehnt und bei punktuellen Kommunalfusionen den Munizipalrat befragt. Übrigens erlaubte es die Ernennung der Kantonmaires, die ja ein Gehalt und einen Pauschalbetrag für Bürokosten bekamen, den Unterpräfekten sich Klientel zu schaffen, indem sie ihren Proteges diese Posten verschafften.⁵⁵

Nun ist recht schwierig den genauen Grad zum Beispiel der Alphabetisierung der Bevölkerung zu messen. Es gibt verschiedene Indikatoren, die man mit den Aussagen der Präfekten, Unterpräfekten und Kantonmaires konfrontieren kann. Als zum Beispiel Ende 1810 Statistiken über alle Departements angefertigt wurden, entledigte sich der Unterpräfekt des Distrikts Salzwedel des Sammelns der Informationen an der Basis mit Hinweis auf den Mangel an Bildung der meisten Maires, während die anderen Unterpräfekten die von jeder Kommune gelieferten Daten nach oben weitergaben. Nun wurde bereits von Wolfgang Neugebauer darauf hingewiesen, dass die geringere Dichte des Schulnetzes in der westlichen Altmark durch sogenannte Reiheschulmeister kompensiert wurde, also nicht als eine geringere Ausstattung an Schulen interpretiert werden kann, sondern ein Resultat der zerstreuten Siedlungsstruktur war. Misst man übrigens die Zahl der Schulmeister pro Einwohner und nicht pro Dorf, war die Schuldichte in dieser Region größer als in den anderen Distrikten (Abbildung 6 a und b). Auch andere Indikatoren wie die Unterhaltung von Kantonsboten und die Häufigkeit ihrer Passagen oder vor allem die Ausmaße des Kampfes für die Abschaffung der Dienste und Abgaben lassen diese Region als durchaus den westfälischen Reformen gegenüber aufgeschlossen erscheinen.

⁵⁵Dies zeigt klar die Affaire des Kantonsmaires Beust von Arendsee. Zuerst hatte der Unterpräfekt von Salzwedel, von Westfalen, die Absetzung des des Betrugs beschuldigten Beust erwirkt, um die Bürokosten für den Kanton Arendsee zu sparen. Diese Bürokosten sollten dann dem Kantonmaire von Quickborn gezahlt werden, der ein Protege des Unterpräfekten war. Danach verwandte sich der Unterpräfekt für den Beschuldigten. Die Folgen für den Betroffenen seien so hart, dass man ihm die Stelle des Kommunemaires von Arendsee belassen könne. Da Arendsee eine größere Kommune war, war das Gehalt des Maires nicht so gering (600 Francs). Der vorher hart vom Unterpräfekten angegriffene Beust, war auf einmal nur von seiner habgierigen Ehefrau angestiftet worden: LHS AW, Rep. B 19 d, Nr. 61, Blatt 68-73, Brief von Westfalens an den Präfekten vom 17 Juni 1812

Le nombre de maître d'école par unité de peuplement



Nombre moyen de maîtres d'école par unité de peuplement dans chaque canton

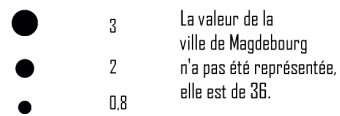


Abbildung 6a

L'accès à l'école

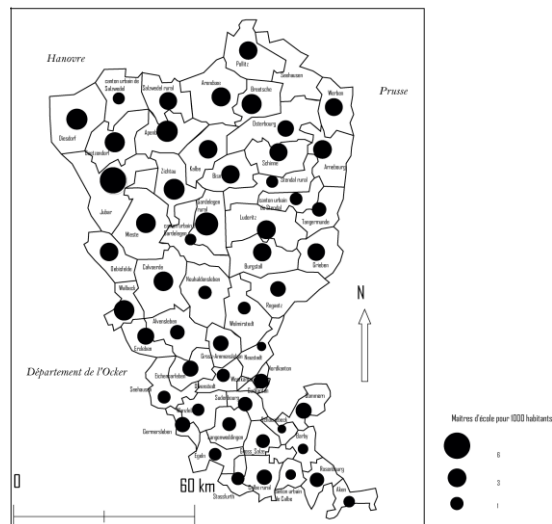


Abbildung 6b

Es sei nebenbei bemerkt, dass das Argument, eine Person sei des Schreibens

und Lesens unkundig, um sie als für einen Posten unwürdig zu disqualifizieren, bereits lange vor 1808,⁵⁶ benutzt wurde, denn Statistiken und Schreibaarbeit waren ja nicht von Napoleon ins Dorf mitgebracht worden.

Insgesamt kann also festgestellt werden, dass die mittleren Verwaltungsbehörden, das heißt der Präfekt und die Unterpräfekten sowie die Kantonmaires im Bereich der allgemeinen Verwaltung, aber auch die Richter der Distriktribunale sowie die Domänenndirektion den westphälischen Reformen feindlich gegenüber standen und versuchten diese zu verhindern. Was die Präfekten angeht, widerspricht diese Feststellung sicher manchen Vorstellungen, die man sich von diesen Beamten als treuen und pflichtbewussten Willensvollstreckern der Regierung machte. Was die anderen Beamten betrifft, ist diese Einschätzung kaum überraschend. Dass zentrale Entscheidungen auf dem Wege nach unten von den regionalen Eliten gefiltert und abgeschwächt werden, hat die sozialgeschichtliche Forschung seit langem konstatiert. Immerhin stammten 9 von zehn Kammerräten der Provinz in der sie tätig waren und auch die Regierungsräte entstammten zur Hälfte ihrer Provinz.⁵⁷ Wesentlich überraschender ist dann meine Einschätzung der Ergebnisse dieses Kampfes zwischen der Regierung und den traditionellen Eliten.

Die Schliche der Regierung

Man liest öfter, dass die von Napoleon nach Westfalen geschickten Beamten von den lokalen Verhältnissen keine Ahnung gehabt hätten und somit auf die Expertise der alten Eliten angewiesen gewesen wären.⁵⁸ Bereits Napoleon hatte am 15. November 1807 seinen Bruder Jerome vor den Feinden der Reformen gewarnt: „Hört nicht auf jene die sagen, dass Ihre an die Hörigkeit gewöhnten Völker Ihre Wohltaten mit Undankbarkeit aufnehmen. Man ist aufgeklärter im Königreich Westfalen als man Sie glauben machen möchte.“⁵⁹

Wenn wir von der Ernennung der Kantonmaires absehen, die übrigens vom Innenminister stets als provisorisch und zeitlich begrenzt dargestellt wurde,⁶⁰ blieb die Regierung in den meisten Fällen hart. Siméon

⁵⁶LHSAM, A 9 c, VII, R, n° 19, Bericht vom 26. Januar 1776, von allen Gemeindemitgliedern unterzeichnete Petition

⁵⁷Todorov, S. 171 und 333

⁵⁸Brakensiek, S. 168

⁵⁹Correspondance de Napoléon, Nr.13361 ; in einem weiteren Brief vom selben Tag wurde der Kaiser noch deutlicher, Nr. 13363

⁶⁰LHSAW / Rep. B 18, I, n° 285, 19, Brief vom 25. September 1809 an den

lehnte Kommunalfusionen fast ebenso systematisch ab, wie wesentliche Veränderungen der Territorialeinteilung.⁶¹ Er verhinderte auch in seinem Ressort die Zusammenlegung der Kantone, die die Präfekturbehörden im Bereich der allgemeinen Verwaltung durchsetzen konnten. Die Regierung bewahrte auch die Gemeinden vor Eingriffen der Zwischeninstanzen in ihre Angelegenheiten.

Wie wir gesehen haben, hatten die Distriktbehörden versucht, eine effiziente Besteuerung der ehemals Privilegierten zu verhindern. Analysiert man die Entwicklung der Grundsteuer in den einzelnen Kommunen, konstatiert man sowohl erhebliche Disparitäten auf lokaler als auch auf regionaler Ebene. Die lokalen Unterschiede der Höhe der von einer Kommune zu entrichtenden Grundsteuer erklären sich im wesentlichen aus der Anwesenheit bzw. Abwesenheit eines Ritterguts. Eine gewisse Erhöhung der Grundsteuer einer Kommune wäre nicht verwunderlich, denn die ehemals Privilegierten zahlten zum ersten Mal die sogenannte Exemptssteuer. Schenkt man, jedoch den von den neuen Steuerzahlern nach 1814 gemachten Beschwerden Glauben, erhöhte der Generaldirektor der direkten Steuern, Malchus, die von den Kommissionen festgestellten Beträge pauschal um 50%.⁶² Das Finanzministerium beließ es allerdings nicht dabei, sondern führte im Jahre 1811 eine sogenannte Angleichung der Exempts- und der Grundsteuer durch. Es handelte sich um eine Art Revision der Steuerbeträge. Vergleicht man die Steuerentwicklung der Kommunen mit und ohne Rittergut, so konstatiert man, dass 1811 die ehemals Privilegierten erheblich nachbesteuert wurden, wohingegen die sogenannten Altcontribuablen nur wenig erhöhte oder sogar verringerte Steuersätze zu zahlen hatten. Es gibt auch erhebliche regionale Unterschiede. In der Altmark sank der Steuerbetrag sogar, vor allem in ihrem westlichen Teil. Einerseits existierten dort nur wenige Rittergüter, andererseits war diese Provinz vor 1807 sehr stark besteuert worden und es handelte sich

Präfekten des Elbedepartements:

« ces magistrats dont l'institution est temporaire, et non constitutionnelle n'ont réellement que l'impulsion et des conseils à donner à leurs collègues, le plus souvent de vive voix, et ne sont pas proprement chargés d'administrer, mais d'éclaircir et de diriger l'administration des communes. En chargeant le maire le plus intelligent du canton de guider les autres, on n'a point entendu créer de nouvelles fonctions, mais faciliter la marche de l'administration municipale dans les commencements d'un système nouveau. »

⁶¹ Die Antworten auf die Vorschläge der Präfekten und Unterpräfekten finden sich in der Regel in denselben Akteneinheiten wie die Vorschläge selbst: LHS AW, Rep.B 18, I, Nr. 247; Rep. B 18, I, n° 243, a; Nr 279, Bd. 1 sowie GStAPK, Rep. B 4, Nr. 23

⁶² LHS AW, Rep.H Sülldorf no.381, Brief des Grafen von Alvensleben-Erxleben, 1814

sozusagen um eine Vereinheitlichung der Steuerlast. Um die Steuern in einem kurzen Zeitraum zu erhöhen und eine sozial differenzierte Steuerpolitik zu betreiben, bedurfte es keines langwierig erarbeiteten Katasters, das ja bekanntlich auch in Frankreich erst um 1850 fertiggestellt war. Die Grundsteuer besaß eine weit über die eigentlichen direkten Steuern hinausgehende Bedeutung. Sie wurde in der Folgezeit zum Verteilungskriterium einer Vielzahl anderer öffentlicher Abgaben. Kommunale Steuern der Einwohner wurden ebenso nach ihrem Fuß verteilt, wie die Beiträge der Kommunen zur Forstverwaltung, wie die punktuellen Kantonalabgaben zur Unterhaltung Bedürftiger und wie die Einquartierungslasten.⁶³

Auch die zahlreichen Experimente im Bereich der Personalsteuer zielten letztlich auf eine sowohl effiziente als auch sozial gerechtere Besteuerung ab, die den Besonderheiten der westfälischen Einkommensstruktur angepasst war.⁶⁴ Das französische Steuersystem war den westfälischen Verhältnissen nicht angepasst. Die Grundsteuer, die nach Berechnungsmodus, besteuerten Personen und dem Steuersatz eine Art Einkommensteuer auf alle Einkünfte aus Grund und Immobilien darstellte, traf die Masse der Bauern und der städtischen Grundeigentümer. Domänenpächter, die ja nicht Eigentümer ihrer Wirtschaften waren, mussten diese Steuer ebenfalls bezahlen, was bedeutete, dass der Steuerbetrag von ihrer Gewinnspanne abgeschöpft wurde. Auch die im Elbedepartement häufigen Rittergutsbesitzer wurden besteuert. Grundrenten und Zehnten, die in den westlichen Landesteilen die Haupteinnahmequelle des Adels waren, entgingen dieser Besteuerung im wesentlichen.

Die Personalsteuer war ursprünglich eine Kopfsteuer. Sie wurde 1810 durch eine Einkommensteuer von 2% ergänzt, die Renten und Frondienste einbezog und die die Mehrheit der westfälischen Bevölkerung verschonte, da sie nur von Personen mit einem Einkommen von mehr als 1000 Francs bezahlt werden musste. Sie wurde von Anfang an nur als provisorisch angesehen und 1811 durch eine klassifizierte Personalsteuer ersetzt, deren Tarife 1812 stark zu Ungunsten der begüterten Schichten verändert wurden. Dies war eine pauschale aber sicher doch effizientere Abschöpfung des Einkommens der Altprivilegierten.⁶⁵

Was die Infiltrierung der untersten Verwaltungsinstanzen betrifft, unternahm die Regierung Versuche, die Einflussnahme der traditionellen Eliten zu verringern, indem sie 1810 eine Revision aller Maires durchführte. Offiziell wurde diese Revision damit begründet, dass es untragbar sei, dass ein Maire gegen seine Kommune prozessiere. Eines der empfohlenen Kriterien war, dass der Maire möglichst seiner Kommune entstammen sollte.

⁶³ Todorov, *Le département*, S. 500, S. 597

⁶⁴ Ebenda, *Le département*, S. 394 ff.

⁶⁵ Ebenda, S. 388 ff.

Dies war häufig bei den adligen Gutsbesitzern und den Domänenpächtern, die ja aufgrund ihrer sozialen Stellung einen wesentlich größeren Aktionsradius hatten, nicht der Fall.⁶⁶ Wie dem auch sei, nach der Revision aller Maires war der Prozentsatz der Adligen und Domänenpächter unter den Maires im Elbedepartement erheblich gesunken und verringerte sich auch in der Folgezeit weiter. Diese Tendenz bestätigt auch eine Analyse von zwei der drei Distrikte des benachbarten Saaledepartements.⁶⁷ Die Tabellen der Adligen und Großgrundbesitzer, die 1812 angefertigt wurden und die in der Regel die Funktionen der Betreffenden angeben, erlauben es, den Prozentsatz der Adligen in sieben von acht Departements des Königreichs zu berechnen. Man kann sagen, dass die direkte personelle Einflussnahme auf der untersten und der Kantonsebene durch den Adel relativ gering war. Man kann allerdings nicht ausschließen, dass eine Einflussnahme durch Mittelspersonen fortbestand. Zum Beispiel verschafften Gutsherren, denen die Amtslast zu schwer wurde, ihren Pächtern diese Funktion. Da die ersten Listen über die Herkunft der Maires auf Bercagnys (Chef der Hohen Polizei) Initiative erstellt wurden, kann man annehmen, dass polizeiliche Kontrolle zur Veränderung des Korps der Kommunalbeamten benutzt wurde.

Ich hatte bereits auf die Hierarchisierung der Staatsdiener hingewiesen. Es handelte sich dabei um eine der Varianten des Prinzips *Divide et impera*. Die Kohäsion einer relativ homogenen Beamtenschaft und ihr kollektiver Widerstandswille sind erheblich geringer als die einer durch zahlreiche Verwaltungsränge und zum Hinaufklettern der Stufenleiter stimulierten Staatsdienerschaft. Talleyrand hatte dies am Anfang des Konsulats klar zum Ausdruck gebracht und in seinem Ministerium umgesetzt.⁶⁸ Im Bereich unseres Departements war die Anwendung dieses Prinzips besonders im Bereich der direkten Steuerverwaltung effizient. Diese war fast völlig neu aufgebaut worden und zudem aus recht jungen Beamten zusammengesetzt, denn die vorhergehende preußische war rudimentär aufgrund unterschiedlicher steuerpolitischer Akzente.⁶⁹

Die Kohäsion wurde aber nicht nur vertikal durchbrochen, sondern auch horizontal. Man wusste seit langem, dass Napoleon zu mächtige Ministerien teilte und gegeneinander ausspielte.⁷⁰ Beobachtet man aber die

⁶⁶ Von den adligen Maires des Distrikts Halberstadt waren 85% nicht in ihrer Kommune geboren worden, von denen des Distrikts Halle 75%. In diesen beiden Distrikten sank die Zahl der adligen Maires zwischen 1808 und 1812 auf die Hälfte ab; berechnet nach dem LHSAW, *Tableau des fonctionnaires du département de la Saale*, Rep.B/26/2, Nr. 30 und den Tabellen der Adligen und Grundbesitzer A.N., 400AP/94

⁶⁷ Brief des Direktors der Hohen Polizei an den Präfekten des Saaledepartements: LHSAW/Rep.B/26/2, no.36, p.174

⁶⁸ Thuillier, Tulard, S. 17

⁶⁹ Todorov, *Le département*, S. 378 ff., 408 ff.

⁷⁰ Tulard, S. 7...

französische Verwaltung auf den unteren Ebenen, so stellt man fest, dass dieses Prinzip systematisch angewendet wurde. Der Direktor der direkten Steuern konkurrierte mit dem Präfekten und focht manchmal Entscheidungen im Präfekturrat an, wobei persönliche Animositäten die gegenseitige Überwachung förderten. Widerstandsfreudige Verwaltungen wie die der Domänen, Forste und Gewässer wurden aufgeteilt und im Bereich der Gerichte schieden sich die ehemaligen Regierungsräte nunmehr in Richter und Staatsanwälte.⁷¹

Die zahlenmäßigen Verhältnisse der einzelnen Verwaltungsränge spielten eine wesentliche Rolle. Diese waren zum Teil in der Verfassung verankert worden.⁷² Dass die westfälischen Departements durchschnittlich kleiner und weniger bevölkert waren als ihre französischen Vorbilder hing also nicht von Jerome ab, sondern war in Paris festgelegt worden.⁷³ Jedenfalls verhinderten diese Festlegungen, dass sich die Größenordnungen der Verwaltungsbezirke erheblich änderten und damit die französischen Institutionen nur dem Namen nach fortbestanden, wie das im Großherzogtum Frankfurt der Fall war.⁷⁴ Andererseits stellte der Satellitenstaat in gewisser Weise eine Zwischeninstanz dar, die, wenn sie mit treuen und am Gelingen des napoleonischen Experiments interessierten Personen besetzt war, hartnäckige Mittelinstanzen wesentlich besser kontrollieren konnte als eine weitentfernte Zentralregierung. Dementsprechend entstanden im Zusammenhang mit der Expansion auch im französischen Kaiserreich regionale Gruppierungen von Departements, die

⁷¹ Todorov, S. 498 ff. und 373 ff.

⁷² Correspondance de Napoléon, Nr.13362, Constitution du royaume de Westphalie ; vor diesem Hintergrund sollte man die Vorwürfe Reinhards gegen die seines Erachtens aufgeblähte westfälische Verwaltung bewerten: A.A.E., Correspondance Politique, Westphalie, V, 59, Bericht Reinhards vom 9 September 1810: « Un inconvénient difficile à éviter dans l'application du système français était dans la création de places et d'appointement hors de proportion avec l'étendue des ressources du royaume. On a certainement formé trop de directions générales, trop de degrés dans les hiérarchies, trop de division dans les emplois. Tous les intérêts concouraient à appliquer une trop grande échelle...Ce mal ne pourra être réparé que lorsque la crise financière, qu'il est impossible de ne pas prévoir, sera devenue imminente. »

⁷³ Dabei waren schon die größtmöglichen von der Verfassung erlaubten Territorialeinheiten geschaffen worden. Der Oberst Morio, der dem König bereits im Juli Vorschläge zur Territorialorganisation unterbreitet hatte, hatte hingegen die Schaffung kleinerer Departements befürwortet und dies mit der Ausstattung einer größtmöglichen Zahl von Städten mit Verwaltungen gerechtfertigt: Service historique de l'Armée de Terre/MR/ Allemagne/Prusse, 1526, Brief Morios an Jérôme vom 19. Juli 1807.

⁷⁴ Severin, Modellstaatspolitik im Rheinbündischen Deutschland : Berg, Westfalen und Frankfurt im V
ergleich, Francia 1997, p; 181- 202

zwar offiziell als provisorisch galten, aber immerhin bis zum Zusammenbruch des Regimes fortbestanden. Im übrigen wurde in den letzten Jahren des Empire die Schaffung regionaler Superpräfekturen erwogen.⁷⁵

Andererseits hatte die Einführung des sogenannten Sachprinzips anstelle des Regionalprinzips Folgen für die Beziehungen zwischen den Verwaltungsbeamten. Dieses Organisationsprinzip entpersönlichte die tägliche Arbeit. Ein ehemaliger Kammerrat hatte in der Regel drei Ämter zu kontrollieren, und zwar in jeder Hinsicht. Wurde derselbe Rat nun 1808 Domänenndirektor, hatte er ungefähr 30 Ämter zu überwachen aber nur unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt. Der Kammerrat kannte Personen, der Domänenndirektor Verwaltungsgegenstände.

Die Regierung hatte aber noch ein weiteres Mittel, die Anwendung ihrer Verordnungen zu erzwingen. Sie verließ sich auf die Mitarbeit, derer, die an der Realisierung der Reformen interessiert waren: die vor 1807 unprivilegierten Schichten. Die Kontrolle der Verwaltung durch den Administré setzte natürlich die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bevölkerung voraus, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten und die Vorteile der neuen Gesetzgebung zu erkennen. Die Geschichtsschreibung der napoleonischen Modellstaaten hat im allgemeinen der westfälischen Bevölkerung diese Bereitschaft abgesprochen.⁷⁶

Im Elbedepartement gibt es verschiedene Beispiele, die bezeugen, dass die unteren Schichten die Gesetzgebung sehr genau kannten. Ich habe die Haltung der Landbevölkerung von 202 Familienoberhäuptern analysiert und zwar aus 20 Dörfern, die zu 8 verschiedenen Grundherrschaften gehörten, bei den Sitzungen der Friedensgerichte anlässlich der Anerkennung der nicht aufgehobenen Dienste und Abgaben. Von diesen 202 waren 148 der Aufforderung nachgekommen und hatten sich beim Friedensrichter eingefunden, wobei die Teilnahme regional sehr unterschiedlich war. Die Bauern der westlichen Altmark ignorierten die Vorladungen am häufigsten. Von den 45 Dienstpflichtigen aus 10 Dörfern des Grafen von der Schulenburg-Beetzendorf waren nur 16 erschienen. Einer der Anwesenden versicherte: „Die Abwesenden haben keinen Respekt“.⁷⁷ Die Bauern dieser Grundherrschaft hatten seit der Schaffung des Königreiches Westfalen die Zahlung der Abgaben verweigert, lange gegen ihren Grundherren und ehemaligen Gerichtsherren prozessiert, sich schließlich mit einer Abordnung

⁷⁵ Thuillier, Tulard, S. 26

⁷⁶ Fehrenbach, S. 103: „Anders als die französischen Bauern haben auch die westphälischen Pächter gar nicht begriffen, worum es ging.“ Stützt sich auf ein Beispiel aus dem Werradepartement.

⁷⁷ LHSAW Rep H Beetzendorf, I, CIII, b, n° 2a, 16, Verhandlungsprotokoll vom 6. Februar 1812

nach Strasbourg an den Kaiser selbst gewandt.⁷⁸ In diesen kleinen Dörfern der westlichen Altmark war die Landbevölkerung sozial viel homogener als im östlichen Teil der Provinz oder gar im ehemaligen Herzogtum Magdeburg.⁷⁹ Sie war bereit mit der neuen Regierung zu kooperieren. Als im Frühjahr 1808 der Präfekt Truppen einsetzte, um die Bauern im westlichen Teil der Altmark zur Leistung ihrer Frondienste zu zwingen, informierten die Bauern umgehend den Innenminister Simeon, der den Präfekten sofort scharf rügte.⁸⁰ Dieser hätte sich nicht in die Angelegenheiten zwischen den Bauern und dem Grundherren einzumischen, dies sei ausschließlich Sache der Gerichte.

Das Erscheinen vor dem Friedensrichter bedeutete nicht zwangsläufig, dass die Betroffenen die Dienste widerspruchsfrei anerkannten. Von den 148 Erschienenen verweigerten 61 die Anerkennung der Dienste partiell. Im Falle der Kossathen von Grünenwulsch wurde bestritten, dass die Abgabe bei jedem Besitzwechsel des Hofes überhaupt je gezahlt worden sei. In allen anderen Fällen wurde die Einschreibung in das Hypothekenregister mit Verweis auf die westfälische Gesetzgebung teilweise verweigert. Sämtliche Dienstpflichtigen der Dörfer Eimersleben und Ursleben in der Magdeburger Börde verweigern den Manntaler, der eine persönliche, abgeschaffte Abgabe sei.⁸¹ Die Kossathen von Storckau bemerken, dass ein Teil der Pflichten unbestimmt und damit aufgehoben sei. Der einzige Vollspanner von Grünenwulsch erklärt, dass die Afterlehen abgeschafft seien und der Krüger Andreas Schulze in Arnim zieht von seinen Abgaben einen Taler für die Zahlung der Patentsteuer ab, wie es das Gesetz erlaubt.⁸² Selbst in sehr kleinen Dörfern in Regionen mit zerstreuter Siedlungsstruktur ist also die westfälische Gesetzgebung bekannt und dies sicherlich dank der Verbreitung des Gesetzesbulletins, das jede Gemeinde abonnieren musste und das zu den obligatorischen Ausgaben jeder Kommune gehörte.⁸³

Die Einschätzung der Haltung der unteren Bevölkerungsschichten zum neuen Regime besitzt also eine Bedeutung, die weit über die alte Debatte über die Entstehung des Nationalismus hinausgeht. Die Bereitschaft,

⁷⁸ A.N., AF/IV/1706 B, Petition einer Abordnung der Bewohner der Altmark

⁷⁹ Todorov, *Le département*, S. 238 ff.

⁸⁰ GSTPK/Rep.B 4, Nr.129, Brief des Ministers an den Präfekten vom 18 August 1808

⁸¹ LHS AW, Rep. H Erxleben II, n° 3081, Verhandlungsprotokoll zur Einschreibung der Dienste in das Hypothekenregister

⁸² Die Verhandlungsprotokolle befinden zerstreut sich im Bestand der Gutsarchive der Außenstelle Wernigerode des Landeshauptarchivs von Sachsen-Anhalt: Rep. H Briest, Nr. 589 und 764, Rep. H Beetzendorf, I, C III, b, Nr. 2a, 1b; Rep. H Klaeden Nr. 613, Rep. H Erxleben II, Nr. 3030

⁸³ Bulletin des lois, n° 17, Dekret vom 6. Februar 1808, über die Versendung und die Zirkulation des Gesetzesbulletins

der Administrés Entscheidungen von Teilen des Staatsapparates anzufechten, war eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren dieser Verwaltung im Sinne des Gesetzgebers. Unsere Interpretation von der Modernisierung des Staates weicht also erheblich von der Sichtweise ab, nach der eine disziplinierte Berufsbeamtenschaft von Präfekten an den rückständigen Gewohnheiten der Bevölkerung verzweifelt wäre.

Abschließend kann bemerkt werden, dass es den Organisatoren des Königreichs relativ gut gelang, den Widerstand unbotmäßiger Staatsdiener zu brechen, wobei der Erfolg sich sowohl auf die Erfahrungen, die in Frankreich gesammelt worden waren, als auf eine relative Aufgeschlossenheit der Bevölkerung gründete. Die Modernisierung des Staates lief also über die täglich neu zu erreichende Disziplinierung der Staatsdiener dank anderer Organisationsprinzipien und dank des Appells an eine breitere Öffentlichkeit.

In dieser kurzen Zeit wurde die Politik im Sinne anderer sozialer Schichten gemacht. Dementsprechend konnte die napoleonische Verwaltung in Deutschland nicht den Zusammenbruch des Empire überdauern. Die Kommunalverfassung wurde zum Beispiel vom Adel bekämpft und letzt endlich abgeschafft. Das Kollegialprinzip in den preußischen Provinzverwaltungen wurde beibehalten, die Besteuerung der Rittergüter aufgehoben. Die Staatsverwaltung der Napoleonzeit, wie die ihrer Vorgänger und Nachfolger, war also fest in die Gesellschaft und ihre Interessenkonflikte integriert. Sollte das bei den heutigen „modernen“ Verwaltungen anders sein?

Literaturverzeichnis

Bercé, Yves-Marie , Durand, Yves, Le Flem, Jean-Pierre, Les monarchies espagnole et française du milieu du XVIe siècle à 1714, St.-Juste-la-Pendue 2000

Berding, Helmut, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807-1813, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7), Göttingen 1973

Berding, H., Les dotations impériales dans le royaume de Westphalie, Revue de l'Institut Napoléon, 132 (1976), S. 91-101

Berding, H., Le royaume de Westphalie, État-modèle, Francia, no.10 (1982), S. 346-358

Brakensiek, Stefan, Fürstendiener, Staatsbeamte, Bürger. Amtsführung und Lebenswelt der hessischen Ortsbeamten, 1750-1830, Göttingen 1997

Descimon, Robert., Schaub, Jean-Frédéric., Vincent, Bernard, Les figures de l'administrateur, Paris 1997

Erkens, Marcel, Die Französische Friedensgerichtsbarkeit, Köln 1993

Fehrenbach, Elisabeth, Traditionelle Gesellschaft und revolutionäres Recht. Der Kampf um die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen 1974

- Harnisch, Hartmut, Heitz, Günther, Feudale Gutswirtschaft und Bauernwirtschaft in den deutschen Territorien. Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Marktproduktion, in *Grand domaine et petites exploitations*, Budapest 1982, S. 9-32
- Ioulia, Antoinette, Le personnel administrative du département de l'Ems Supérieur, *Bulletin d'Histoire économique et sociale*, 1973, S. 117-144
- Kaak, Heinrich, Die Gutsherrschaft : theoriegeschichtliche Untersuchungen zum Agrarwesen im ostelbischen Raum , Berlin, New York, 1991
- Neugebauer, Wolfgang, Reformen im Osten, Berlin 1992
- Ozouf-Marignier, Marie-Vic, De l'universalisme constituant aux intérêts locaux : le débat sur la formation des départements en France (1789-1790), *Annales ESC*, 1986, S.1193-1213
- Schulze, Andreas, Herrschaft durch Verwaltung, Stuttgart, 1993
- Severin, Bettina, Modellstaatspolitik im Rheinbündischen Deutschland : Berg, Westfalen und Frankfurt im Vergleich, *Francia* 1997, S. 181- 202
- Soulet, François, Les premiers préfets des Hautes Pyrénées 1800-1814, Paris 1965
- Tihon, André., La fusion des communes dans le département de la Dyle sous le régime napoléonien, *Revue Belge de Philologie et d'Histoire*, 1965, S.515-551
- Todorov, Nicola-Peter, Le département de l'Elbe du royaume de Westphalie de 1807 à 1813/14, Diss., Paris 2003
- Todorov, Nicola-Peter , La division cantonale westphalienne. Instrument de la politique réformatrice napoléonienne, *Hypothèses Travaux de l'Ecole Doctorale de l'Université de Paris 1*, 2001, p. 39-49
- Treichel, Ekkehard., Der Primat der Bürokratie. Bürokratischer Staat und bürokratische Elite im Herzogtum Nassau, 1806-1866, Stuttgart, 1991

- Vovelle, Michel, La chute de la monarchie.1787-1792, Paris, 1972
- Thuillier, Guy, Tulard, Jean, L'histoire de l'administration en France, Paris 1984
- Tulard, Jean, Les préfets de Napoléon, in : Les préfets en France 1800-1940, Genf 1978, S.5-10
- Kohl, Willy, Die Verwaltung der östlichen Departements des Königreichs Westfalen, Ebering Historische Studien 323, 1937
- Windler, Christian, Clientèles royales et clientèles seigneuriales vers la fin de l'Ancien Régime. Un dossier espagnol, Annales .Histoire, Sciences sociales, März-April 1997, S. 293-319
- .Woolf, Stuart J., Napoléon et la conquête de l'Europe, Paris 1990

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1 Die mittlere Größe der westfälischen Kantone
- Abbildung 2 Die Kantons Grenzen und die Hauptorte der Kantone des Elbedepartements
- Abbildung 3 Die Bevölkerung der Kantone des Elbedepartements
- Abbildung 4 Die Zerstückelung des Gerichts Beetzendorf
- Abbildung 5 Die Lage der nicht zerstückelten Gerichtsobrigkeiten
- Abbildung 6 Die Zahl der Schulmeister

ⁱ Schriftliche Fassung eines Vortrags, der im April 2004 auf einem Kolloquium in Münster gehalten wurde : Gerd Dethlefs, Armin Owzar, Giesela Weiß (Hgg.), Modell und Wirklichkeit. Politik, Kultur und Gesellschaft im Großherzogtum Berg und im Königreich Westphalen, Paderborn, Ferdinand Schöningh, 2008, S. 301-320.